

Abonnements  
werden beim Verlag und dessen  
bekanntesten Agenten entgegen-  
genommen, auch ganz zum  
Voraus zahlbar.  
Wochensatzpreis vom:  
Mk. 4.40 für Deutschland (direkt  
per Post-Geldwert)  
Mk. 2.75 für Österreich (direkt  
per Post-Geldwert)  
S. 2. — für alle übrigen Länder  
des Weltpostvereins (Kreuzband).  
Inserate  
die bezugszeitliche Zeitfolge  
3 Pence — 25 Pfg. — 30 Cts.

# Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
London.  
Verlag  
der  
German Cooperative Publishing Co.  
E. Bernstein & Co., London N.W.  
114 Kenning Town Road.  
Postsendungen  
franko gegen Franko.  
Gewöhnliche Briefe  
nach England fallen Doppelpost.

N. 26. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Postgesetze abgeben lassen. In der Regel sollen Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen, in postgeschickten Fällen eingeschrieben. 28. Juni 1890.

## Etwas über taktische Fragen.

Der zweite Punkt des Arbeiterschutzgesetzes-Entwurfs der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, gegen den sich das „St. Louis Tageblatt“ wendet, ist die vorgeschlagene Organisation von Arbeitskammern, Arbeitsämtern und dem Reichsarbeitsamt auf der Grundlage gleichmäßiger Vertretung der Arbeiter einerseits und der Unternehmer andererseits. Nachdem es in summarischer Darstellung Zweck und Zusammenfassung dieser Körperschaft, wie sie im Entwurf der Fraktion vorgegeben, geschildert, schreibt dasselbe:

„Wie der Leser sieht, ist die „gleichmäßige Interessen-Vertretung“ sehr hübsch ausgedrückt.  
„Das ist es aber gerade, woran wir Anstoß nehmen. Wir befehlen von vornherein, daß 12 Arbeiter und 12 Unternehmer in einer Arbeitskammer die Interessen beider Teile „gleichmäßig“ vertreten; in solcher Zusammenfassung erscheinen uns wiederum die Kapitalisten ungleich stärker repräsentiert als die Arbeiter.“  
Wenn wir zugeben wollten, daß die Differenzen zwischen Arbeit und Kapital sich durch eine Rechtsnorm beglichen lassen, welche der Parteien nur so viel Stimme wie dem Rechte entspricht, müßten wir zuvor — dem Sozialismus entsagen.  
Als Sozialisten wollen wir den individuellen Kapitalisten und Unternehmer entthronen.“

„Dieses Ziel bedingt, unseres Erachtens, prinzipielle Nichtanerkennung der hergebrachten Theorie, daß Kapital und Arbeit „gleiche“ Rechte haben.“

„Denn was bedeutet die Abstraktion: Kapital und Arbeit mit gleichen Rechten“ in ihren elementaren Bestandteilen?  
Die angelegentlichsten Bestimmungsmittel sollen einem Individuum die Macht verleihen, tausend andere Individuen unter seinen Willen zu beugen.“

„Die tagelange Unterdrückung mögen protestieren, sich schamlos anerkennen, nicht arbeiten, hungern — das sei ihr „Recht“; aber dem Kapitalisten sei es nicht verwehrt, sie verhungern zu lassen.“  
„Das ist gerade der Springpunkt, um den sich Alles dreht.“

„Der Sozialismus verneint in seinem Ausgangsprinzip die Zulässigkeit einer Ordnung, in welcher das Tödtliche über das Lebende herrscht, die Menschen als Waare behandelt werden.“

„Alle Schritte zur Befreiung der Arbeiterklasse müssen daher unentwegt auf das eine Ziel gerichtet sein: jenen sogenannten Rechtsboden, auf welchem die Millionen Seelen weniger Macht haben, als die Millionen Dollars, zu untergraben.“

„Der Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf der deutschen Sozialisten hat dieses Ziel, glauben wir, außer Augen verloren.“  
„Wir in Amerika sind allerdings keine kompetenten Richter über das, was für Deutschland passend ist oder nicht.“  
„Es mag ja sein, daß die Verfasser des Entwurfs nicht anders handeln konnten.“

„Aber vom sozialistischen Standpunkte müssen wir uns sagen, daß der amerikanische „Walling-Delegat“ mit seiner stillen Forderung auf Anerkennung der Vorseite der Arbeiter vor dem Kapital ein ungleich praktischerer Justiz ist, als jene „Arbeitskammer“ mit „Arbeitsamt“ sein wird.“

„Der Kernpunkt des deutschen Gesetzesentwurfs besteht — um es kurz zu fassen — in der Anerkennung gleicher Rechte von Kapital und Arbeit.“

„Jene „Gleichheit“ ist eben nur in der Einbildung vorhanden. Der Reiche ist dem Armen niemals „gleich“, sondern immer oben auf, sobald man seinen Reichtum als ein reelles Moment anerkennt.“

„Wir halten die hier entwickelten theoretischen Einwände für nicht zureichend, sie schließen zum Mindesten weit über das Ziel hinaus. Was dagegen die praktischen Bedenken des „St. Louis Tageblatt“, bzw. des Genossen Depner, von dem jene Artikel herrühren, gegen die Arbeitskammern z. B. anbetrifft, so können wir sie im Wesentlichen nur unterschreiben.“

„Um zunächst die theoretische Seite der Frage zu erledigen, so begeht Genosse Depner hier denselben Fehler, an dem die anarchische Doktrin laboriert: er verwechselt oder vermischt die rein formale Berücksichtigung eines gegebenen Zustandes mit der rechtlich-moralischen Anerkennung desselben. Das sind aber zwei grundverschiedene Dinge. So wenig wir den heutigen Massenstaat damit moralisch anerkennen, daß wir seine Einrichtungen benutzen, unter Umständen den Schatz seiner Beamten anrufen, so wenig liegt darin eine rechtliche Anerkennung der heutigen Stellung des Kapitals gegenüber der Arbeit, wenn wir bei der Verfolgung bestimmter, in der Gegenwart zu verwirklichender Zwecke dieses Verhältnis zur Grundlage nehmen. Wir vergeben damit unserer Beurteilung desselben nicht das Geringste, noch verzichten wir auf unsern Kampf gegen die soziale Machtstellung des Kapitals. Die Arbeitskammern, die der Entwurf der sozialdemokratischen Fraktion schaffen will, lassen diese Seite der Frage ganz unberührt, sie beziehen sich nicht auf das Wesen, sondern lediglich auf die Formen des heute sich abspielenden Kampfes der Interessen. Und da es nun einmal als wünschenswert erscheint, eine anerkannte Interessenvertretung der Arbeiter zu schaffen, so war, wenn man überhaupt die Frage der Interessenvertretung des Kapitals mit berücksichtigen, nichts anderes möglich, als diese Vertretungen mit gleichen Rechten auszustatten. Darüber hinauszuweisen, wäre bloße Demonstration gewesen und hätte nur dem Gegnern die Ablehnung bedeutend erleichtert.“

„Was uns an dem Entwurf der Reichstagsfraktion bedenklich erscheint, ist, daß er überhaupt die Interessenvertretungen von Kapital und Arbeit in ein und dieselbe Organisation zusammenbringt. Hier, auf dem Boden des Tatsächlichen, stimmen wir mit Genosse Depner überein. 12 Arbeiter und 12 Unternehmer in einer Kammer werden in der Regel keine gleichmäßige Interessenvertretung sein. Da würde vielmehr sehr oft, was Depner sagt, zutreffen: Die Kapitalisten werden ungleich stärker repräsentiert sein wie die Arbeiter.“

Wir müssen die Verhältnisse nehmen, wie sie sind. Den Kapitalisten stehen heute so viel Mittel der Beeinflussung zur Verfügung, daß die Gefahr eines „Umfalles“ von Seiten einzelner Arbeitervertreter ungleich größer ist als die eines Umfalles auf Seiten der Vertreter des Kapitals. Man braucht nicht einmal an direkte Bestechung zu denken. Die ökonomische Abhängigkeit und die damit verbundene prekäre Lage der Arbeiter ermöglicht es den Kapitalisten, auch durch weniger das Selbstgefühl belastende Mittel einen Druck auszuüben. Während nun ein „fauler“ oder schwacher Bruder bei separater Beratung der Arbeiter wenig zu bedeuten hat, würde bei gemeinsamer Beratung von Arbeitern und Kapitalisten dieser Einzele genügen, die Wage der Kapitalisten sinken zu machen. Man könnte nun die Frage aufwerfen: wenn dem so ist, warum sperren sich denn die Kapitalisten so fanatisch gegen die Arbeitskammern, wie sie der sozialdemokratische Entwurf vorschlägt? Warum benutzen sie nicht lieber die günstige Gelegenheit, sich ihre Maßnahmen von denselben sanktionieren zu lassen?

Die Antwort ist, weil die Arbeitskammern zwar Se. Majestät den Kapitalisten und Unternehmer — um das Bild des Genossen Depner zu brauchen — noch nicht entthronen würden, wohl aber seinen heutigen Absolutismus stark erschüttern, „untergraben“ würden. Er würde in ihnen um das feilchen müssen, was er heute autonom zu diktiert als sein unzerstörliches Ausbeuterrecht betrachtet. Und so sträubt er sich genau aus denselben Gründen dagegen, wie noch jeder absolute Fürst gegen die Einführung des Konstitutionalismus, auch wenn dieser zunächst durchaus keine materielle Verschlechterung für ihn bedeutete. Der Widerspruch der bürgerlich-kapitalistischen Parteien gilt dem Prinzip, dessen Konsequenzen sie fürchten.

Diesen prinzipiellen Widerspruch können wir wohl als Beweis dafür gelten lassen, daß die grundsätzlichen Bedenken des Genossen Depner gegen die Arbeitskammern zum Mindesten übertrieben sind. Gewiß, der „Walling-Delegat“ der Gewerkschaften hat nach gewissen Richtungen hin manches vor den Arbeitskammern voraus, aber wo finden wir ihn? Nur in privilegierten Industrien, und auch in diesen funktioniert er nur solange gut, als die allgemeine Geschäftslage günstig ist. Es geht mit ihm, wie mit manchen andern schönen Einrichtungen: wo er am Reifsten nötig wäre, ist er nicht zu haben. Uebrigens schließen die Arbeitskammern die Prinzipien von Gewerkschaften mit allen ihnen nötigen erscheinenden Kampforganen durchaus nicht aus. Der „Walling-Delegat“ behielt auch neben der Arbeitskammer seine Funktion.

Verfehlt wäre es aber, aus dem prinzipiellen Widerspruch der Gegner den Beweis herzuleiten, daß der Entwurf so, wie er ist, dem in's Auge gefassten Zweck am Besten entspricht. Der Grundgedanke kann richtig, die Einzelheiten aber können verbesserungsfähig sein. Und da dies unsrer Ansicht nach in der That der Fall ist, so benutzen wir diese Gelegenheit, unsere Bedenken zur Erörterung zu bringen. Wir würden uns freuen, wenn der Eine oder der Andre, der den Entwurf, wie er jetzt vorliegt, für richtig hält, die Diskussion aufnimmt.

Nach unserm Dafürhalten sollten wir Sozialisten uns darauf beschränken, die Interessenvertretung der Arbeiter zu verlangen. Das Kapital hat heute keine Interessenvertretung in den Handels- und Gewerkschaften — fühlt es das Bedürfnis nach einer Erweiterung, bzw. einer Reform derselben, so mag es durch den Mund seiner Vertreter seine Vorschläge machen, und man wird dieselben diskutieren. Aber in dem Entwurf der Sozialisten möchten wir nur die Vertretung der Arbeiter vorgehen finden, gerade weil wir der Ansicht sind, daß wenn auch die des Kapitals hineingezogen wird, wir um die Festsetzung einer gleichmäßigen Vertreterzahl nicht herumkommen. Wozu uns aber von vornherein für etwas verpflichten, was als ständige Einrichtung mit so großen Bedenken verknüpft ist?

Die Gegner haben in ihrer kapitalistischen Verbohrtheit die Arbeitskammern nach dem bisherigen Entwurf abgelehnt. Benutzen wir diesen Anlaß, dieselben noch einmal zu prüfen, und wenn wir finden, daß sie zu weitgehende Konzessionen enthalten, — nun, so mögen diese von nun an in Wegfall kommen.

## Ein Bild aus der modernen Großproduktion.

In denjenigen Produktionszweigen, in denen die Maschine ihren steigenden Einzug gehalten hat und nur da noch auf ihrem Wege zur Herrschaft aufgehalten wird, wo sie dem Todestanz des geleisteten Fortschritts — einer tief unter dem Durchschnitt bezahlten menschlichen Arbeitskraft begegnet, gedehnt die Schuhfabrikation. Der alte zünftige Betrieb im Schuhmachergewerbe vermag sich nur noch zu erhalten, soweit das Fußbelleidungs-Verhältnis der oberen Jahrtausend in Betracht kommt, sozuzunehmen als Luxusindustrie. Was aber die Herstellung des Schuhwerkes für die große Masse anbetrifft, so wickelt sie entweder der Maschinenproduktion oder der modernen, auf dem Schweißsystem aufgebauten Hausindustrie. Die Frage, Handarbeit oder Maschinenarbeit hat eine Bedeutung nur noch insoweit, als sie sich in die alte moderne Frage, „Schweißarbeit oder Fabrikarbeit“ überlegt, wobei obendrein zu bemerken ist, daß auch in der Schweißarbeit die Maschine eine hervorragende Rolle spielt. Die Werkzeuge, mit denen ein ehrsamer Schuhmacher noch vor zwanzig Jahren in der ganzen Welt sein Leder bearbeitete, kommen auch hier immer mehr in Wegfall. Aber zur vollen Entfaltung gelangt die Maschine nur in der Fabrik, und

ein Gang durch eine moderne Fabrik weist uns Wunder der Technik auf, gegen welche die berühmtesten Wunderwerke der alten Welt verblaffen.

Einen solchen Gang hat kürzlich ein Berichterstatter der „New-Yorker Volkszeitung“ durch zwei der größten New-Yorker Schuhfabriken veranlaßt. Allerdings ist die Technik in diesem Geschäftszweige wohl höher entwickelt, als in den Vereinigten Staaten, dem Land der höchsten Löhne unter den großen Industrieländern. Der Bericht, den die „Volkszeitung“ über diese Untersuchungen veröffentlicht, ist daher von mehr wie speziell beruflichem Interesse, und darf daher auch im „Sozialdemokrat“ einen Platz beanspruchen.

Als Grundtypus wählt der Berichterstatter eine Fabrik, in der Damenstühle angefertigt werden, und schließt ab dann die — nur proportionalen — Unterschiede in den Abteilungen, wo Männer- und Knabenstühle, bzw. Kinderstühle angefertigt werden. Und nicht nur für jede dieser Sorten gibt es getrennte Fabriken, sondern auch für die verschiedenen Qualitäten: Schuhe für reiche Leute, für wohlhabende, für Arbeiter, für Farmer z. — die Arbeitsteilung ist in jeder Beziehung bis in's kleinste Detail durchgeführt.

Wenden wir uns also zunächst zur Fabrik für Damenstühle.

Wir fahren in einem Hofstuhl bis zum obersten Stockwerk eines geräumigen, mit allen modernen Vorrichtungen für die Schuhfabrikation versehenen Gebäudes und treten dann in einen großen Saal. An der einen Wand sehen wir Regale, mit werthvollem Leder angefüllt. Jahrtausende von Dollars werden durch den Werth dieses Leders repräsentiert. Vor den Regalen stehen Tische, auf denen Arbeiter ein Stück Leder nach dem andern vor sich ausbreiten, um sie nach der Qualität zu sortieren und für den Vormann zurechtzubereiten, welcher sie den Zuschneidern einhändigt. Die Regale stehen an Wänden, die in einer langen Reihe vor den Fenstern angebracht sind. An einer anderen Wand des Saales befindet sich eine Reihe von Regalen, welche die aus Holz angefertigten Modelle enthalten. Jeder der Zuschneider bekommt eines oder mehrere dieser Modelle, welche er auf das ihm zugewiesene Leder legt, um danach auszuschnitten. Der Zuschneider muß dabei jeden Quadratzoll der Felle genau prüfen, ob nicht eine fehlerhafte Stelle darin ist, die er zu vermeiden hat, denn in den ausgeschrittenen Stücken dürfen keine Brüche, Löcher z. sein. Jeder Zuschneider schnidet, jahraus-jahre ein, nur ein bestimmtes Stück des Oberleders für einen Schuh aus und dieser Stück gibt es, je nach der Form des Schuhs, für jedes Paar ungefähr 8 bis 16. Mit einem kleinen, haarhart gefälligen Messer führt der Zuschneider mit großer Geschwindigkeit über den Rücken des Modells herum und legt die ausgeschrittenen Stücke der Seite, bereit für den Vormann, der sie dann den Frauen und Mädchen einhändigt, welche wir einen Stock höher eilig mit dem Zusammenbau dieser Stücke beschäftigt finden. Es sind nämlich in dieser Fabrik die weiblichen von den männlichen Arbeitern streng getrennt. Auch hier herrscht die perfekte Arbeitsteilung vor. Jede Arbeiterin macht nur eine gewisse Arbeit an einem gewissen Stück. Manche nähen mit der Hand, andere wieder mit der Maschine, welche letztere mit Dampf oder Elektrizität getrieben werden. An einigen Tischen sehen wir Mädchen, die Häher vor sich haben und lesen, während andere stricken, fäden oder ähnliche Handarbeiten anfertigen, und wenn wir den Vormann fragen, was dies zu bedeuten habe, erfahren wir, daß für jene Arbeiterinnen ausschließlich nichts zu thun ist; sie warten, bis die für sie bestimmte Arbeit in ihre Hände gelangt, und das dauert manchmal mehrere Stunden, denn die „Sohlen“ ist gerade nicht auf ihrer Höhe und der Prinzipal verliert durch die Unthätigkeit der Wartenden keinen Cent, weil in dieser Fabrik Alles per Stück bezahlt wird. Die zusammengeordneten Theile des Oberleders werden den Knopflochmaschinen zugeführt. Jedes Paar Damenstühle hat durchschnittlich 22 Knopflöcher, die mit Maschinen eingeschritten und gleichzeitig genäht werden. Wir sehen hier Mädchen zwischen zwei Maschinen sitzen, die beide von derselben Person bedient werden. Sie legt ein Oberleder in eine Maschine und wendet sich, während dieselbe mit rasiger Geschwindigkeit das Knopfloch fertig stellt, nach der anderen Maschine, um dort ein Oberleder einzulegen. Hat sie dies befristet, so nimmt sie aus der ersten Maschine das Oberleder heraus und läßt die Maschine ein zweites Knopfloch machen und so geht es hin und her, vom Morgen bis zum Abend, vom Januar bis zum Dezember. Von der Knopflochmaschine geht das Oberleder zur Knopfnähmaschine, welche mit rasender Geschwindigkeit, im Durchschnitt in fünf Minuten, sämtliche 22 Knopfle anbringt. Ist das Oberleder durch alle Hände gegangen, die daran zu thun hatten, so wird es in das folgende Stockwerk gebracht, wo der „Laster“ es in Empfang nimmt.

In dem Arbeitsraum dieser Branche sehen wir Hunderte von Gestellen, auf denen wir 6 bis 8 Reihen auf Reihen gefaltete Oberleder erblicken, und an den Fronten stehen die Arbeitspulte der Laster. Diese Arbeiter pflanzen das Oberleder den Reihen auf und befehlen es mit Nägeln auf denselben. Es gedehnt dazu große Geschicklichkeit, die erst durch jahrelange Übung erworben werden kann. Nachdem das Oberleder die Hände des „Lasters“ verlassen hat, wird es den Arbeitern gegeben, welche die Händer annehmen, an denen die Sohle befestigt wird. Letztere wird von einer Reihe von Arbeitern hergestellt, welche dieselben mit Maschinen einschneiden. Dazu wird sie mit einigen Stücken auf dem Laster befestigt und hierauf das Waage den Mädchen übergeben. Dieselben nähen mit zwei verschiedenen Maschinen. Die ältere dieser Maschinen ist die Weston-Maschine, welche nicht so schnell näht, als die erst seit ungefähr drei Jahren im Gebrauch schwebende Goodhear-Maschine. Derjenige Theil der Letzteren, welche den Schuh an der zusammenzunähenden Stelle anpaßt, sieht den Feinrichtungen eines großen Arabes ähnlich, der mit seinen gebogenen Messern das dicke Leder durchdringt, als wenn es weich wie Butter wäre. In 8 bis 10 Sekunden näht diese Maschine einen Saum, an dem ein Handarbeiter sich wenigstens eine halbe Stunde abmühen muß. Die Weston-Maschine näht 15 bis 18 Stichen an einer solchen Naht. Rechen den Maschinen sind in jeder Fabrik auch Männer beschäftigt, welche die Sohlen nach alter Manier mit Nadel und Peddrell an's Oberleder nähen. Es gibt nämlich immer noch Leute von Kunden, welche glauben, daß mit der Hand genähte Schuhe besser seien und länger halten, als diejenigen, welche die Maschine näht, obwohl die Fabrikanten erklären, daß der Unterschied so gut wie gar nicht vorhanden sei.

Wenn die Sohle angehängt ist, wird sie von einem Manne, der an einer hydraulischen Presse steht, mehrere Schichten Hartgips gepreßt und geglättet, und dann wird der Schuh einer Reihe von Männern und Knaben überliefert, welche die Nähte anfertigen und sie auf der Sohle befestigen. Einer dieser Männer richtet mit einer Maschine die Lederstücke zu, aus welchen die Ablage zusammengesetzt werden, ein anderer klebt die Stücken auf einander, und ein dritter legt den Absatz unter eine Maschine, welche mit einem Rad eine Anzahl Löcher hineinschneidet. Ein Knabe steht dann in jeder dieser Löcher einen Draht ein und reicht hierauf den Absatz einem Manne, welcher den Schuh in eine Maschine legt, die dann den Absatz mit einer einzigen Bewegung auf der Sohle festdrückt, die Drahtstücke vollständig durchtreibt.

Wenn dies geschehen ist, bekommt der Trimmer den Schuh. Dieser Mann steht an einer kleinen Maschine, welche einen sich drehenden umdrehenden Fräse-Apparat darstellt, an dem die Mäuler der Sohlen und die Abzüge glatt geschliffen werden. Nach dieser Brande hat eine Anzahl Interzessionsarbeiten, in der jeder Mann nur einen Teil der Trimmerarbeit befragt. Vom Trimmer gelangt der Schuh in die Hand einer Reihe von Leuten, welche die Sohlen und Abzüge glätten und ihnen folgen die Bürstler, welche den Mäulern und Abzügen mit Maschinen, deren säuberere Polierräder von Gasflämmchen erhitzen werden, schwarzen Glanz verleihen. Von der Bürstling-Maschine gelangt der Schuh in die Hände einer Anzahl Arbeiter, welche den Mäulern und Abzügen mit den Händen und verschiedenen glatten Werkzeugen die letzte Politur verleihen. Dann bekommen die Sandpapiere den Schuh, um die Sohlen abzureiben. Auch dies geschieht mit Maschinen, und von diesen wird der Schuh den Feinern gegeben, welche die Haare mit Zähnen und Bürsten abreiben, um sie hierauf den Glanz zu geben, die an von Dampfkraft bewegten Bürsten stehen, welche den Schuh glänzend blank machen. Diese Bürsten bestehen aus Wollen- und Seidenfäden und drehen sich mit großer Geschwindigkeit. Wenn alles dies geschehen ist, wird auf die Sohle des Schuhs der Fabrikenempel geschlagen, sowie die Buchstaben und Zahlen, welche die Größe angeben und die letzte Arbeit ist das Einlegen der aus Leinen bestehenden Futtersohle. Nun ist der Schuh fertig und er wird, Paar um Paar, die besseren Sorten in Pappschuhen, die gewöhnlicheren nebeneinander in Stößen verpackt, um schließlich vom Lagerhaus an den Markt geschickt zu werden.

Soweit der Bericht.  
Wir erlauchter Mechanikus, nicht wahr? Wie sich unter den heutigen Verhältnissen die Lage der in den meisten schätlichen Arbeiter gestaltet, kann ich der aufmerksame Leser eigentlich schon selbst sagen. „Wiles Stückarbeit“, das sagt dem Wissenden genug.  
Wir behalten uns vor, in einer späteren Nummer die Angaben des Berichtes über die Lohnverhältnisse der Arbeiter in diesen Fabriken mitzutheilen. Hier, weil wir gerade bei der technischen Seite der Frage sind, nur noch eine Bemerkung.

Kein Zweifel, daß der mechanische Großbetrieb die Produktionsform der Zukunft ist. Die Menschheit wird auf die enorme Vortheile derselben für die Gesamtheit nicht verzichten, denn nur am Grundwerk wird sie dahin kommen, Allen den vollen Lebensgenuss sichern zu können, Allen Arbeit, Allen Ruhe. Sie wird die Lage des Arbeiters in den Produktionsanstalten in jeder Weise erheben, ihn aus der Stellung eines lebenden Werkzeuges — oder richtiger, lebendigen Anhängels eines todtten Werkzeuges — zu einem gleichberechtigten Teilnehmer am Werk erheben. Den Mechanismus des Apparats aber abzuheben — das wird, das kann sie nicht. Und darum die Frage: was wird im Rahmen dieses Apparats aus der vielgerühmten „absoluten Autonomie des Individuums“ der Anarchisten?

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 25. Juni 1890.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen. Dieser Satz, der in allen Programmen proletarischer Parteiorganisationen zu finden ist, — läßt sich man uns — gibt in seiner einfachen unübersehbaren Wahrheit die höchste Richtschnur unseres politischen Verhaltens und Handelns. Von „oben“, sei es vom Himmel, der Kirche oder von den Thronen der weltlichen Mächtigen, kann die Befreiung nicht kommen. Die Kirche, deren Beruf zur Lösung der sozialen Frage von den Theologen aller religiösen Bekenntnisse jetzt mit fast unerschütterlicher Autorität betont wird, hat fast neunhundert Jahre lang die Befreiung der Arbeiterklasse nicht als ihre Aufgabe angesehen. Sie hat sich mit dem Wohl der Welt noch eine kleine Kommode vornehmen, in der sie alle möglichen schönen und guten Dinge verpacken, und die unendlichen Zukunftspläne entwerfen — zu spät. Wenn die Kirche überhaupt den Beruf hätte, so würde sie ihn früher bestritten haben, zur Zeit, da sie noch eine Macht war. Zur Zeit, da sie die Macht hatte, sollte es ihr am Willen. Jetzt fehlt ihr die Macht, ebenso wie ihr der Wille fehlt. Die Kirche ist heute so wenig sozialistisch, wie sie es früher gewesen ist; und wenn sie jetzt mitunter sozialistisch thut, so will sie damit nicht dem Sozialismus und den Arbeitern von Nutzen sein, sondern nur sich selbst. Und gelänge es der Kirche, die alte Macht wieder zu erlangen, so wäre das Gute, daß sie alles Sozialistische für das Werk des Teufels erklärte. Es erginge ihr dann wie dem Teufel nach dem bekannten englischen Vers:

„When the devil was sick, a saint he would be,  
When the devil was well, the devil a saint was he“

„als der Teufel krank war, wollte er ein Heiliger werden; als er wieder wohl war, da ging die Heiligkeit vom Teufel.“

Und mit dem andern Oben; der „hohen Obrigkeit“, oder nennen wir es mit dem modischen Namen: mit dem „sozialen Königthum“ verhält es sich genau ebenso. Die „hohe Obrigkeit“, in welcher Gestalt immer sie uns heute entgegensteht, dient den Reichen und Mächtigen, ist die gehorsame Magd der Unterdrückten und Ausbeuteten, und wenn sie sich ihrer Pflichten gegen die Armen und Unterdrückten erinnert, und sich als Erzieherin und Helferin der „Schwachen“ aufspielt, dann ist sie regelmäßig in Schwallotten, und denkt — gleich der Kirche — nicht an den Vortheil der Schwachen und Unterdrückten, sondern nur an den eigenen. Das Schicksal des sozialen Königthums wird seit dreißig Jahren in Deutschland von allen Späßen gewollt, läuft auf allen Straßen herum. Bismarck ließ — wie immer als Vagator fremder Ideen, in diesem Fall französischer — das Märchen vom sozialen Königthum in die Welt setzen, als er, in der Zeit des „großen“ (in Wirklichkeit erbärmlich kleinen) „Kampfes“ die vordringende Bourgeoisie mit dem „Nothwendigen“ in's Gedächtnis rufen wollte. Die Komödie, welche in den letzten Jahren mit dem „sozialen Königthum“ der Hohenzollern (unter obligater Hausmeisterhaft der „Dynamite Bismarck“) spielte, das ist unsern Lesern bekannt; und wie furchtbarlich die Komödie war, welche er, am Ende seines Lebens, zwanzig Jahre später nochmals zur Ausführung brachte, das hat er in seiner greisenhaften Schwachheit nicht weniger als Friedrichsruh bei einem Reichs-Interview lässig angeplaudert. Es war alles Lüge und Schwindel, was ich feinerseit im Reichstag und in meiner Reichspressen über die sogenannte „Kaiserliche Volkshilfe“ und das für die Arbeiter warmhalgebende Herz des Hohenzollern'schen Heilwunders gesagt habe. Diese „kaiserliche Volkshilfe“ war mein Werk, das ich in der doppelten Absicht verfaßt habe, die deutschen Arbeiter zu wecken und mich wieder fest in den Sattel zu schlagen — der Heilwunder wollte von dem ganzen Schwindel nichts wissen, und es kostete mich viel Mühe, ihm seine Unterschrift abzuladen.

Nun, er hat in seinem alkoholischen Ingrimm ob der Beerdigung bei lebendigem Leib das Geheimnis des „sozialen Königthums“ oder Kaiserthums enthüllt, und sich selbst als einen gemeinen Sozialdemagogen hingestellt, der im Interesse seiner eigenen, nicht der Hohenzollern'schen Dynastie die soziale Frage ausbeuten wollte.

Und wie steht es mit der neuesten Auflage des „sozialen Königthums“? Wir wollen die weitestgehenden Jugendsünden machen. Wir wollen annehmen, daß die kaiserlichen Erlasse des Inhalts nicht zu bloßen Querschnitts-Schindeln dienen sollten, zu dem der Großvater den Namen hergegeben. Allein im Grunde ist es auch ganz gleichgültig, was sich Wilhelm II. bei den kaiserlichen Erlässen gedacht und was er damit bezweckt hat. Von wem ein: entweder hat er es ehrlich gemeint, oder nur ein demagogisches Manöver gemacht. Für die Arbeiter sind — so weit es sich um die Hauptfrage handelt — die Wirkungen in dem einen wie in dem andern Fall genau dieselben: von oben kommt ihnen das Heil nicht. Meint der Kaiser es nicht ehrlich, dann werden die kaiserlichen Erlasse eine laune Kuh sein gleich der kaiserlichen Volkshilfe. Und meint er es ehrlich, nun — dann ist er mit seiner ganzen kaiserlichen Macht ohnmächtig zu ihrer Verwirklichung. Wir lassen es unentschieden, welcher von beiden

Annahmen der Vorgang gebührt — soviel ist schon heute erwiesen, daß die Sozialreform von oben, welche durch die kaiserlichen Erlasse in Aussicht gestellt ward, ein todgeborenes Kind, und das „soziale Königthum“ in der neuesten Ausgabe ein nicht minder gründliches Fiasko ist, als es in der alten gewesen. Die Geschichte der internationalen Konferenz, die Geschichte und das Wesen der gegenwärtig vor dem Reichstag liegenden sogenannten Arbeitergesetze, der Hohn der Großbourgeoisie, die dem Hohenzollern offen ein Schimpfen schlägt, so daß die alten Dulgow und seine Raubritter der Welt sich vor Freude im Grabe herumzucken könnten — kurz, Alles zeigt, daß der Kapitalismus vorläufig noch Herr und Meister ist und das König- oder Kaiserthum von Gottes Gnade nur als seinen wohlbestallten und wohlbezahlten Diener gelten läßt.

Will der Diener dem Arbeiter helfen, so muß er gegen seinen Herrn und Meister rebelliren. Und wird er das thun? Es wäre ein seltsamer Witz der Weltgeschichte, die ja mitunter gar spöttige Einfälle hat.

Freilich den Arbeitern wird damit nur wenig genügt. An sie müßte der rebellische Diener sich wenden, um nicht von seinem geistreichen Herrn geblöthigt und geschickt zu werden — und sie, sie können auch ohne Kaiser mit dem Kapitalismus fertig werden.

Der Ex-Schäffle — dies ist wohl der beste Titel für den Mann, der sich so vieler Ex. d. h. gewesener Qualifikationen rühmen kann — also der Ex-Schäffle hat wieder einmal in einem Buche seine Stimme erhoben. Das geschieht bekanntlich jedesmal, wenn in Staat und Gesellschaft etwas Wichtiges vorgeht. Dann sagt eine innere Stimme dem modernen Schopenhauer: „Alberke, legt dich hin dra“, sonst machst du Weltjohann n'Blauer.“ Und Alberke legt sich hin, zeigt der „Weltjohann“, wie sie sich aus der begonnenen Sache am besten herauswickeln, und dann — hat der Kampfsche Verlag in Tübingen eine Schrift mehr auf Lager.

Diesmal ist es der bevorstehende Kampf des Sozialistengesetzes, der Alberke die Feder in die Hand gedrückt hat. Nachdem die gegenwärtigen Mächtigen sich entschlossen gezeigt hatten, auf die Erneuerung dieses Brandstiftendes Bismarck'scher Staatsweidheit zu verzichten, war es ja für ein Professorengewitz unumgänglich notwendig, den Beweis zu liefern, daß es auch ohne Sozialistengesetz geht — vorausgesetzt natürlich, daß die Sache von nun an so gehandhabt wird, wie sie sich der Herr Professor am Indierisch angeschlossen.

Die die Reize des Ex-Schäffle anstellen würden, konnte für denjenigen, der die Konfession dieses Brandstifters am sozialpolitischen Himmel verfolgt hat, keine Frage mehr sein.

Alberke Sozialreform,  
Alberke Polizei,  
Und Befreiung der Volkrechte  
Sind notwendig dabei.

Im Einzelnen nachzulesen in der sehr ausführlichen Vespredung der Schäffle'schen Artikel im „Berliner Volksblatt“.

Und interessiert an der neuen Schrift des Ex-Schäffle nur ein Satz, der von den Ex-Demokrat, Ex-Professor, Ex-Minister, Ex-Geheimrath, Ex-Socialist, Ex-jedem zwar von keiner neuen Seite, aber doch in einer recht hübschen Selbstbeleuchtung zeigt.

Der Herr spricht nämlich dort von der „widerlich gewordenen Wählererei“, welche um die Zeit der Attentate Hödel's und Nobiling's geherrschet habe. Dieses „Umschreiben“ habe das Sozialistengesetz auf das wirksamste bestritten. „Der Terrorismus oder jene Art der Propaganda, welche die Unfreiheit und die Unfreiheit aller Nichtproletarier bedeutete“, hatten „loset ein Ende gehabt“ oder seien „in die eugsten Schranken verwiesen worden.“

Das von Herrn Schäffle ist wirklich — erachtet „Um“ die Zeit der Attentate Hödel's und Nobiling's gab es nämlich Niemand in den Reihen der Nichtproletarier, der den widerlich währenden Sozialdemokraten zärtlichere Worte sprach, als Herr — A. G. Schäffle. Aber es blieb nicht bei den Wäldern. Der Herr Minister in Ex. verjähmte nicht, im Hauptquartier der widerlichen Wählererei, in der Redaktion des „Vorwärts“ seinen Besuch abzumachen. Er verzeigte nicht, den Vertretern der widerlichen Wählererei, den sozialdemokratischen Abgeordneten, seine Schriften zu überreichen, und hübsch zu laute er sich nicht verlor, auch an einem Organ mitzuwirken, das von einem Mitglied der widerlichen Wählerpartei herausgegeben wurde. In der Wiederkehr „Neuen Gesellschaft“ begegnete wir gleich im ersten Heft neben A. Dull, J. Wolf x. auch Herrn Dr. A. Schäffle in Stuttgart. Richt Minister a. D. Ex., sondern schlichtweg „Dr.“, wie sich das in einer sozialdemokratischen Zeitschrift gemiet.

Und — o des bösen Jufalles! — der Artikel, mit dem Herr Schäffle „um“ die Zeit der Hödel und Nobiling in sozialdemokratischer Gesellschaft debattirt, ist der Aufgabe gewidmet, den Wahn zu zerstreuen, daß die „neue Gesellschaft“, nach der wir — nämlich wir: Volk, Wiede, Schäffle x. — uns sehnen, ein vollkommen freier Zustand formiolet Solidarität und Brüderlichkeit werden könne.

„Wie sich“, fragt Herr Schäffle dort, „selbst wenn der nächste Fortschritt nochmals nur in innerem und äußerem Krieg erreicht werden könnte, wenn die höhere Entwicklung noch einmal durch Gewalt und Blut erkauft werden müßte, wenigstens für die weitere Entwicklung ein schlechthin freier Zustand, die vollkommene Brüderlichkeit ohne Kampf der Geister, ohne Klingen der Interessen, ohne Auseinandersetzungen der Gegensätze möglich?“

Und er antwortet mit einem unerschütterlichen Nein. Es wird auch in der „neuen Gesellschaft“ fortgewählt werden. Man höre nur:

„Bei aller Begeisterung für die Herbeiführung besserer Sozialzustände, bei glühendem Verlangen nach jeder Empörung der Masse unserer Mitbürger, zu welcher erst unsere Epoche die Mittel der Verwirklichung ausgezogen hat, wird doch jeder verständige Parteigänger der „neuen Gesellschaft“ weit davon entfernt sein, das Verlangen der natürlichen Ansehung, den Prozeß vervollkommener Daseinskämpfe für den ferneren Lauf der vollen Phase natürlicher Schöpfung aufzuheben zu wollen.“

Ueber die Zukunftsgeellschaft oder, wie es jetzt wohl heißen muß, Ex-Zukunftsgeellschaft des Herrn Schäffle haben wir hier nicht zu reden. Wohl aber konstatiren wir, daß Herr Schäffle im Oktober 1877 in einem sozialdemokratischen Blatt das „glühende Verlangen“ nach der neuen Gesellschaft — d. h. dem sozialistischen Gemeinwesen — ausgesprochen, und den Gedanken, die Verwirklichung dieses Zieles „durch Gewalt und Blut“ — d. h. durch revolutionäre Umwälzung — zu erkufen, durchaus nicht von der Hand gewiesen hat.

So wenig kam damals Herrn Schäffle die sozialdemokratische Wählererei „widerlich“ vor, daß er es nicht verjähmte, ein bißchen mitzuwählen.“

Und er war doch kein Kind mehr. Er hatte das Schwabenalter bereits überschritten.

So können wir ihm daher nur aufrichtig zu der Ohrfeige gratuliren, die Herr Schäffle in dem obigen Satz sich selbst verabsolgt.

— Eine Preisfrage. Unternehmensvereine zur Bekämpfung „ungerechtfertigter Streiks“ sprechen förmlich aus dem Boden, überall wird, da das „Gründen“ an der Börse im Augenblick nicht recht geht, in diesem Artikel gegründet. Es wird bald heißen können: es ist kein Ort im Land zu sein, er hat keinen Anti-Streikverein.

Wohlgeachtet, nicht Anti-Streik Schlechtweg, sondern gegen Streiks, die „nicht gerechtfertigt“ sind. Daran muß man schließen, daß es auch gerechtfertigte Streiks gibt. „Wid“ ist vielleicht zu viel gesagt, denn wir wissen nicht, daß schon irgend ein Streik von den Leuten, die die erwähnten Gründungen betreiben, je für gerechtfertigt erklärt worden wäre. Aber sie geben die Möglichkeit zu, daß es einmal irgendwo und unter ganz besonderen Umständen einen gerechtfertigten Streik geben könnte. Wie dieser Streik ausfallen muß, darüber sind die Herren bis jetzt noch nicht recht einig. Die Ansicht z. B., daß wenn Arbeiter für Verlängerung des Arbeitstages streiken, das unter Umständen wohl zu rechtfertigen wäre, hat keineswegs allgemeine Zustimmung gefunden. Verschiedene „Krauter“, die sich dahin ausdrücken, daß man sich solchen Streiks gefassen lassen könne, erheben zur Erinnerung, daß bei revolutionärem Liberalismus. Kurzum, die Frage ist zur Zeit noch eine „Kloßende.“

Um der Ungewißheit abzuhelfen, fordern wir nun unsere Leser auf — was thut man nicht seinen Nebenmenschen zu Liebe? — ihrerseits sich an der Beantwortung der wichtigsten Frage

„Was ist ein berechtigter Streik?“ mit allen Kräften zu betheiligen. Es ist eine Aufgabe, so den Scharfsinn reizend, daß es keiner weiteren Antriebes bedarf.

— Reichthum-tribol. Viel leichter, als zu ermitteln, was ein „gerechtfertigter“ Streik ist, ist die Beantwortung der Frage, was ein „leichtsinnig-triboler“ Streik ist. In wahrhaft klassischer Weise hat dieselbe das Organ der biederer Weggermeister, die „Deutsche Fleisch-Ztg.“ neulich beantwortet. Sie schrieb mit Bezug auf den Kampf im Hamburger Fleischergewerbe:

„Wir hoffen, in den Stand gesetzt zu werden, die Bitte aller der Gesellen zu veröffentlichen, welche in leichtsinnig-triboler Weise eine Arbeitseinstellung in's Werk gesetzt haben. Wir bedauern diejenigen, welche sich haben betören lassen; die Nothwendigkeit aber zwingt zu rückstößendem Vorgehen zur Warnung für die Anderen! Die Menge dürfte bei vielen zu spät kommen, denn noch nie ist in leichtsinniger und unberechtigter Weise eine Arbeitseinstellung in's Werk gesetzt, als die der Hamburger Fleischergesellen.“

Wohin, worin besteht der Leidthum und die Leichtsinns der Hamburger Fleischergesellen? Die Herren Unternehmern verlangten von ihnen Austritt aus dem Fachverein, und als sie diese Zustimmung ablehnten, hieß es: Ihr seid entlassen! Ignoranten, welche sich noch in veralteten Anschauungen bewegen, nennen das eine Aussperrung, und manche Leute legen so pedantische förmliche Anschauungen, daß sie es sogar als eine tribole Aussperrung bezeichnen, aber das sind eben überlebende Standpunkte. Es ist ein „triboler“ Streik, für den seinen Urhebern eine herbe Züchtigung gebührt.“

Wir konstatiren das nur, gefehen aber zu unserer Schande zu, daß wir uns noch nicht ganz in die neue Anschauung hineingefügt haben. So recht einverstanden sind wir einzuwillen nur mit den Schlagworten des zitierten Satzes.

— Während die Frauarbeit in der Industrie mit jedem Tage mehr zunimmt, während in großen Produktionszweigen die Zahl der weiblichen die der männlichen Arbeiter bereits übertrifft, haben sich bei der Bekämpfung über die Gewerbebetriebe Reichsregierung und Reichstagsmehrheit nicht einmal dazu herbeilassen wollen, den Frauen das aktive Wahlrecht zu bewilligen. Der ganze parlamentarische und bürokratische Kremlismus kam bei dieser Gelegenheit wieder so recht zum Ausdruck. Die thätlichen Verhältnisse gehen uns Befreier nichts an, uns kümmern nur die herrschenden Anschauungen — d. h. die Anschauungen, die in unsern Streifen vorherrschen. Kläglich kniet sich das in der Rede des Staatssekretärs von Witticher wieder. Dieser Herr sagte nach dem Berliner Volksblatt:

„Der Nachweis, daß es notwendig ist, die bisher noch nicht zugelassene Theilnahme der Frauen an politischen Rechten in diesem Gesetze einzuführen, hätte eigentlich von Seite des Abgeordneten Ricker und seiner Partei erfolgen müssen. Der Grund, den er uns unterbreitete, daß wir fürwärteten, das weibliche Geschlecht werde aus dem Kopf wachsen, trifft nicht zu; wir nehmen es in dem Maße vor dem männlichen Geschlecht durchaus mit ihm auf und erkennen sogar an, daß die Einwirkung des weiblichen Geschlechts auf die Männerwelt unter Umständen recht nützlich und segensreich ist. (Grüßte!) Es handelt sich um die Einrichtung von Gerichten, welche im Namen der staatlichen Autorität Recht sprechen sollen, und der Staat trägt die Verantwortung, daß ihre Aufgabe und Einfluß von irgend weichen untergeordneten und unzulässigen Rücksichten erfüllt werden kann. (Sehr wahr!) Nun sagt man uns, die Frau ist Arbeitsmüde ebenso wie der Mann, sie muß deshalb auch daselbst Recht haben, bei der Zusammenlegung der verschiedenen Gerichte mitzuwirken. Wer in aller Welt ist bisher schon auf den Gedanken gekommen, daß die staatlich eingesetzten Gerichte unter Konkurrenz der Frauen zu Stande kommen sollen? Wer hat bisher den Satz ange stellt, daß die Frauen, weil sie eine gleiche Thätigkeit wie die Männer entfalten, auch dieselben politischen Rechte haben müßten wie die Männer? Ich gebe gern zu, daß vielleicht in vielen Fällen die Konkurrenz der Frauen bei der Wahl für die schiedsgerichtlichen Beisitzer ohne jegliche Gefahr für die Zusammenlegung sich vollziehen kann. Aber eine Gewährung ist nicht gegeben. Das schiedsgericht ist auch das schiedsgericht; es ist allen möglichen Einflüssen ausgelegt (Abg. Ricker: Sie nicht), während der Mann größeren Widerstand entgegenzusetzen vermag. (Zurück des Abg. Ricker.) Ob der Abgeordnete Ricker diese Fähigkeit besitzt, weiß ich nicht. (Große Heiterkeit. Abg. Ricker: Ah Du lieber Gott!) Das alle insofern mulier in economia (die Frau soll in der Veranlassung schweigen) gilt auch heute noch, und bei allem Respekt vor den Rechten der Frauen kann ich es dem staatlichen Wohle nicht entsprechend halten, wenn den Frauen politische Rechte gegeben werden. Es ist möglich, daß eine spätere Zeit darüber anders denkt. Die Auffassung der heutigen Zeit, glaube ich richtig gekennzeichnet zu haben. Wenn wirklich in einzelnen Statuten über gewerbliche Schiedsgerichte der Frau die Möglichkeit zur Wahl gegeben ist, davon aber erlaubungsgermüß kein Gebrauch gemacht wird, so ergibt sich daraus, daß unter den Frauen selbst diese Forderung noch nicht als eine berechtigte und dringliche angesehen wird. Hätten die Frauen wirklich ein Interesse, an der Wahl der Beisitzer theilzunehmen, so würden doch irgendwo und irgendwann diese Wahlen sich unter Konkurrenz der Frauen vollziehen haben. Ich schreibe aus allen diesen Thatsachen, daß es richtig und gerathen ist, auch bei Zusammenlegung der Schiedsgerichte es bei den Grundfragen zu belassen, die für die Beilegung der Frauen an der Schöpfung staatlicher Gerichte gelten.“

Und für diese schäfer, nichtlagenden Lebensarten erntete Herr Witticher den „lebhaften Beifall“ der Junker und Pfaffen des Hauses, — Zentrum und Konservative gingen auch hier, wie fast jedesmal, wenn es sich um Aufrechterhaltung eingetretener Vorurtheile handelt, einträchtiglich Hand in Hand.

Die Frauen sind „allen möglichen Einflüssen ausgelegt“, denen der Mann größeren Widerstand entgegenzusetzen vermag. Was die Gleichheit, die da gemeint sind, bei der Wahl einer wirtschaftlichen Interessenvertretung irgendwie in Betracht kamen. Ganz abgesehen davon, daß es mit der Widerstandsfähigkeit der Männer“ auch keine eigenen Daten hat. Man hört so überhand Gelächern, bei denen es einem wirklich zweifelhaft ercheint, welches Geschlecht eigentlich den größeren Anpruch auf den Titel der Schwächeren hat. Da ist uns erst dieser Tage aus der Hauptstadt des deutschen Reiches ein Schreiben zugegangen, das, als charakteristischer Beitrag zur Sittengeschichte des zweiten deutschen Kaiserreichs, auch auf diese Frage einen bezeichnenden Schlagworten wirft.

Dieses Schreiben lautet:

L. R. Es dürfte wohl jedem Leser der Tagespresse jener eckelhafte Sensationsprozeß noch in Erinnerung sein, dessen Heldin die jamose „Frau Oberamtman“ Häuser war, die, um ein „staudesgemäßes“ Leben führen und in der „guten“ Gesellschaft verkehren zu können, ein höheres Bordell unterhielt, und sich dabei in der That sehr gut fand, die „Güte“ der Offiziere und sonstigen Aristokratie zu ihren Stammgästen zählte. Die Häuser'schen Salons waren, bis der Krad eintrat, der Sammelplatz der „Edelsten und Besten“ der Nation. Im Prozeß wurde der Frau Oberamtman nachgewiesen, daß sie ihre eigne Tochter an die vornehme Kammerdienerin verpachtet hatte; sie wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurtheilt und verbüßt diese Strafe jetzt — wo und wie, weiß man nicht recht.

Und die Tochter?  
Am 10. Mai war in Weiskene bei Berlin großes Rennen. Das ist ein aristokratisches Vergnügen, die edelste und beste Welt findet sich da ein:

Die zierlichsten Stutzer, die reizendsten Damen,  
Die alle, sie kamen, um lustig zu sein.“

Unter Anderen hatte auch eine junge Dame von äppigem Wuchs eine Droßke gemietet, und war nach Weiskene hinausgefahren. Aber leider fand sie den nicht, den sie suchte; er mußte vergeblich gesucht sein, zu erfahren. Und so hat sie den Kutscher, da sie grade nicht bei Hause sei, sie zu ihrem Spiel zurückzuführen. Es war das bekannte Passage Hotel. Hier angekommen, sagte die Dame: „Mein Name ist Frau von d'Espolito, bitte, kommen Sie morgen und holen Sie Ihr Geld.“ Dem Kutscher kam die Sache etwas sonderbar vor. Er erkundigte sich darüber nach am selben Tage genauer, wer der interessante Fräulein gewesen sei, und erfuhr zu seiner nicht geringen Erbauung, daß der Name d'Espolito nur angenommen, der wirkliche aber — Häuser sei. Und er erfuhr noch mehr. Frau von — nein, drückt

wir und lieber im Stal der Tugendbehörde aus; die unverschämte Häufung hatte den Sohn einer Freundin zu dem Herrn geföhrt, den sie in Weisheit vergessend erwartete, und ihn brieflich gebeten, ihr durch den Heberbringer die verpöbte Summe Geldes zu senden. Der Herr war aber wohl gleichfalls mit der Kasse, denn er schickte erheblich weniger — immochin jedoch genug, daß der Kutscher bedrückt werden konnte. Koch ermahnt der Kutscher, daß die unverschämte, jetzt wollen wir lieber sagen, Frau von d'Espósito in einem Umgang mit höheren Kriminalbeamten hat. Der vorerwähnte Herr aber ist —

Somit das Schreiben. Den Namen des Gönners unterdrücken wir. Warum die Schwäche eines Nebenmenschen lieblos an's Licht der Öffentlichkeit ziehen? Aber löhlet, Herr von Bötticher! Der Mann, der sich mit diesem Geschöpf ein Kendepon gab, ist ein hochgestellter, einer der höchsten Stellen aktiven Beamten im Reich. Trotz der Mäßigkeit, die er seinem hohen Amt, seiner exponierten Stellung schuldet, ist er schon genug, sich mit der Pseudo-d'Espósito einzulassen, einem Geschöpf, dessen Verkommenheit, wie die Prozeßhandlungen ergaben, noch weit über die der Mutter hinausgeht.

So ist es mit dem „größten Widerstand“ dieses Mannes bestellt, Herr v. Bötticher.

— **Zur „Schweizerischen Sozialdemokrat“** ziehen Genosse A. Reichel, sowie die Redaktion selbst sehr klar gegen das neue Auslieferungsgesetz zu Felde, wie es der Schweizerische Bundesrat ausgearbeitet und jetzt den eidgenössischen Mächten vorgelegt hat.

Der Artikel 10 dieses Entwurfs, der von politischen Verbrechen und Vergehen handelt, lautet:

„Art. 10. Wegen politischer Verbrechen und Vergehen wird die Auslieferung nicht bewilligt.“

Die Auslieferung wird indessen bewilligt, abgesehen der Thäter einen politischen Beweggrund oder Zweck vorhält, wenn die Handlung, von deren Willen die Auslieferung verlangt wird, vorwiegend den Charakter eines gemeinen Verbrechens oder Vergehens hat.

Das Bundesgesetz entscheidet im einzelnen Falle über die Natur der strafbaren Handlung auf Grund des Thatsachensandes.

Wenn die Auslieferung bewilligt wird, so stellt der Bundesrat dem ersuchenden Staate die Bedingung, daß der Auszuliefernde wegen seines politischen Beweggrundes oder Zweckes nicht strenger behandelt werden dürfe.“

Dann schreibt Reichel u. A.:

„Wie man sieht, hat der Bundesrat den Entwurf der Expertenkommission, wie wir voraussetzten, abgelehnt, nur in noch verschärfter Form. In Absatz 2 steht jetzt, die Auslieferung wird indessen bewilligt, während es früher hieß: die Auslieferung kann indessen bewilligt werden, abgesehen u. s. w.“ Die frühere Redaktion ließ noch ein juristisches Quaterbühnen offen, während die gegenwärtige ganz ungrünlich zeigt, wir liefern können politische Verbrecher unter allen Umständen aus.“

Die speziellen Motive zu Art. 10 theilen zunächst die politischen Delikte in politische Delikte im engeren Sinne und „relativ“ politische Delikte (welche man bisher konnere politische Delikte genannt hat) und geben Johann zu, daß eine zügigliche Definition des Begriffes bisher noch nicht gelungen ist.

„Indessen“ — fahren die Motive fort — ist es gelungen, durch Ausweisung der rein theoretischen Streitfragen sich auf dem Boden derjenigen Grundzüge zu einigen, welche durch die Natur der Verhältnisse gegeben sind und auch bei abweichender wissenschaftlicher Anschauung praktisch anerkannt werden müssen.“

„Das ist ein Glimmthaus, wie er nur in der deutschen Sprache möglich ist; deshalb ist dieser Passus in der französischen Uebersetzung (Original) der Vollstätt gänzlich verschwunden. Denn: welche Grundzüge sind durch die Natur der Verhältnisse gegeben? durch die Natur welcher Verhältnisse? wo besteht ein Zwang zu praktischer Anerkennung bei abweichender wissenschaftlicher Anschauung und was versteht die Vollstätt überhaupt unter einer praktischen Anerkennung?“

„In Wirklichkeit handelt es sich gar nicht um eine wissenschaftliche Frage, und die Natur der Verhältnisse besteht wohl darin, daß den Herren im Bundesrat die Entloftung von der Wohlgenüthigkeit der noch nicht recht aus dem Reinen verschwunden ist. Ob man politische Verbrecher ausliefern will oder nicht, läßt sich wissenschaftlich gar nicht unterscheiden, trotz Herrn Prof. Kewer und dem Erforderer Institut, das ist in erster Linie eine Frage der politischen Ueberzeugung und der politischen Stillsicht; in zweiter Linie eine Rechtsfrage. . . Die Vollstätt spricht von „terroristischer Propaganda“; wenn damit auf russische Verhältnisse angespielt sein soll, so ermahnen wir diejenigen, die es angeht, fast Delegation an den russischen Gefängnisreformkongreß zu schicken, den Bericht des Amerikaners Keenan über Sibirien zu lesen; vielleicht bekommen sie denn eine Ahnung davon, warum es in Russland Terroristen gibt. Wenn sie sich aber nicht überzeugen lassen wollen, dann bekennen wir wirklich, daß den Herren die einzige Bekanntschaft vermög unserer Verfassung nicht verlesen werden kann, welche sie verdienen, nämlich ein russischer St. Annenorden, wie sich ihn Minister Konstantin in Paris für seine Kaiserlicherdienste bei den jüngsten Russenverhandlungen geholt hat.“

Das ist klar, aber nicht unerbittlich.

Die Redaktion ihrerseits kauft an eine Mitteilung des halboffiziösen Berner „Bund“ an, die besagt, daß das Bundesgericht, dem nach dem dritten Absatz des Art. 10 die Entscheidung über die Natur der strafbaren Handlung obliegt, die Glaubhaftigkeit der von der Regierung, die die Auslieferung verlangt, gegen die Auszuliefernden erhobenen Aussagen „keineswegs zu prüfen habe“, und daß die Schweiz sich niemals auf dem Standpunkt gestellt, den England und Amerika einnahmen, daß die Schuld eines Angeklagten, dessen Auslieferung verlangt wird, mindestens glaubhaft sein müsse“. Sie bemerkt dazu treffend:

„Da hört nun Alles auf. Nach unserem Gehehenstwurf wird von der großen Menge aller heutigen politischen Verbrecher 1) von vordereim verurtheilt, sie schäuen einen politischen Charakter ihrer Handlungen, wegen welchen sie von ihrer heimischen Regierung verfolgt werden, nur vor. Sodann wird 2) es einfach in das Belieben des Bundesrates gestellt, ob er einen Fall als zweifelhaft erklären und demgemäß dem Gesuch des Bundesgerichtes überweisen will oder nicht; ferner wird dem bundesgerichtlichen Aufsicht 3) nur die fremde Regierung angeheißt, welche die Auslieferung verlangt, der Angeklagte, um dessen Auslieferung es sich handelt, aber nicht; und endlich, was das Schönste ist, kann 4) die fremde Regierung behaupten und dem Angeklagten Schuld geben, was sie nur will, das Bundesgericht hat es als wahr anzunehmen und auf Grund dieses Thatsachensandes seinen Auslieferungsentcheid zu fällen.“

Wir fragen, welcher politische Verfolgte da noch der Auslieferung entgegen kann? Sider Keiner, um dessen Ghabhaftwerdung es den fremden Behörden ernstlich zu thun ist. Gleichwohl verurtheilt unter Auslieferungsgesegenswürdigkeit: „Wegen politischer Verbrechen wird die Auslieferung nicht bewilligt.“ — Wenn das nicht politische Verbrechen und Spiegelfechterei ist, was ist es denn? Die Autorität und das Prestige des Bundesgerichtes sollen da einer schlichten Sache einfach zum Deckmantel dienen; und dabei wird dieses Gericht herabgerwürdigt durch die Zustimmung eines Gutsheides „im einzelnen Falle“, ohne Änderung beider Theile und unter Jura, alles als wahr anzunehmen, was die fremde Regierung dem Angeklagten zur Last legt.“

Und in einer Note bemerkt unser Schweizerischer Kollege:

„Offenbare Heuchelei ist es auch, wenn die Vollstätt das einfache Weiterlassen der Darstellung des Thatsachensandes Seitens der anfragenden Regierung, ohne Untersuchung der Glaubhaftigkeit dieser Darstellung, damit rechtfertigen will, daß bei einer Untersuchung der Sache „Zeit verloren“ ginge und die Haft der Auszuliefernden verlängert würde. Als ob, ohne eine solche Untersuchung, die Auslieferung und mithin die Ueberführung von einem Gefängnis in das andere, nicht in 9 von 10 Fällen sicher wäre! Denn eine fremde Regierung verlangt natürlich keine Auslieferung ohne „genügendes Aufkommensmaterial“ zu haben. Welche fremde Behörde wird aber gegenüber politischen Verfolgten nicht genügendes Material beibringen im Stande sein, wenn es sich nur um Behauptungen, nicht um Beweise handelt, da die Schweizer Behörden nach ihren eigenen Gesetzen alles zu glauben haben, was ihnen angegeben wird?“

Was kann nach alledem nur wünschen, daß der Entwurf von der Volksvertretung abgelehnt wird. Leider ist jedoch wenig Hoffnung darauf vorhanden. Auf der schiefen Ebene gibt es keinen Halt.

— **Der verdächtige Zwischenhändler.** (Eingekandt.) Der „New-York Herald“ ist überaus lustig zu lesen. Er spottet über den Sozialismus, wagt aber über Sozialismus und macht dann plötzlich kehrt und geht über das heutige System los. Ein Artikel in einer seiner letzten Nummern beginnt mit einer Betrachtung über die ganz wunderbaren sozialen und nationalökonomischen Prinzipien, die Bellamy aufgestellt habe, und meint, daß dessen Utopia an verächtlichen Auslassungen leide; so sage er nichts darüber, wie die Eifersticht, der Geiz, Ausschweifungen und Trunkenheit aus der Welt geschafft werden.

Das Bellamy's bürgerliche Auseinanderlegungen des Kleinbürgerlichen Hirns des „New-York Herald“ nicht haben begreiflich machen können, ist in den Auslassungen der Vertreter der sozialdemokratischen Bewegung über die Theorien des Sozialismus hinlänglich klargelegt worden. So heißt es beispielsweise in Hebel's Buch „Die Frau in der Vergangenheit“:

„Man kennt weder politische Verbrechen und Vergehen mehr, noch gemeine Mord's noch halb's. Es kann Keiner an Anderen sich bereichern. Meineid, Urkundenfälschung, Betrug, Erblichkeitserei, betrügerischer Bankrott? Das Privateigentum leidet — diese Verbrechen haben also keinen Boden mehr. Brandstiftung? Wer soll daran Freude oder Bejubelung finden, da die Gesellschaft ihm jede Möglichkeit zum Hag nimmt.“

Der „New-York Herald“ gibt zu, daß es ein grundsätzlicher Zustand sei, wenn z. B. Grobberden um den Preis von einem Schilling pro Korb auf den Londoner Covent-Garden Markt gebracht und, um den Detailpreis auf vier bis sechs Schillinge pro Korb zu halten, große Quantitäten dieser Frucht auf's Land zurückgeschickt und zu Ruß eingekandt werden. Billingsgate, der Markt der Fischmanipoliken, könnte die Steinbütte zu zwei Pence das Hund liefern; statt dessen zieht er es vor, große Quantitäten Fisch zu vernichten, um den Preis auf einer bestimmten Höhe zu halten. Der Grobshändler argumentirt, daß wenn der Preis einmal herunter ist, er nicht mehr hochgebracht werden kann. Und so schließt der „Herald“ seinen Artikel mit folgendem bezeichnenden Jugendsatz:

„Alles, was wirklich zu erreichen hat, ist, darauf hinzuwirken, wie sehr der Zwischenhändler noch das Feld beherrscht, und wie notwendig es ist — wenn die Bevölkerung Londons ihre Lebensmittel zu einem wirklich gerechten Preis erhalten soll — daß der Zwischenhändler odgerottet, die Produktion organisiert und die Infuhr in den Stand gesetzt werde, ihren rechtmäßigen Einfluß auf die Preise der Lebensmittel auszuüben.“

Bravo, Genosse Herald. So fortzuführen, und Sie werden bald ein guter Arbeiter.

— **Wenn Leute nicht mehr über den Replikentopf verfügen.** Die „Dresdener Nachrichten“ — lesen wir in der „Berliner Volkszeitung“ — „hab ganz tolllos über das deutsch-englische Abkommen, bei welchem — das ist der Inhalt ihrer Ausführungen — Deutschland Alles verliert und England Alles gewinnt. In dem Artikel findet sich folgender Satz:

„Schmerzlich ist auch die Auslieferung Witms und der Somalilite an England. Sie ist freilich nur die Folge eines argen Fehls, den Graf Herbert Bismarck beim Abschluß des Abkommens von 1886 geschossen hatte. Durch einen sehr unbegreiflichen Fehler wurde bei der damaligen Grenzregulirung der wichtige Tausch zu englischen Gebieten geschlagen und der Sultan von Witm, der treu zu Deutschland stand, seinen englischen Beherrigern preisgegeben. Jetzt rächt sich der 1886er Fehler.“

Wir erinnern uns, bemerkt dazu die „Volks-Zig“, daß Graf Bismarck, als er von seiner 1886er Mission aus England zurückkehrte, von der germanischen „reichsfremden“ Presse als ein diplomatischer Held begrüßt wurde. Seitdem hielt er — auch bei den „Dresdener Nachrichten“ — nur der „jüngere Pitt“. Und nun ist er mit einem Male bei den Konterpartien als diplomatischer Stümper entfallt! —

Die „Dresd. Nachrichten“ waren es bekanntlich gewesen, die während der Vortemberger Depe am lautesten nach Festhaltung an der Dynastie des Engländers in zu behelligen. Was für ein gesinnungstüchtiges Blatt!

— In Dortmund fand vorliche Woche eine vom Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverbandes einberufene Versammlung statt, die ungefähr von 500 Bergleuten besucht war. Der Vorsitzende wurde berichtet über den internationalen Bergarbeiterkongreß in Jollmont. Im Verlauf seiner Rede wandte er sich gegen die jetzt bestehenden Knappschaffstufen und nannte dieselben einen Hemmschuh für die Arbeiterbewegung, weil dieselben der Lohnrückwärts Vorhieb leisteten. Man müsse die Verschmelzung der drei Klassen (Bodum, Eisen und Mählein) zu verhindern suchen und deshalb müsse ein Protest in dieser Sache erhoben werden. Eine Eingabe an den Bundesrat müsse bald abgehandelt werden, damit die Genehmigung der Verschmelzung dieser Klassen nicht erfolgt. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung beschließt, an den Bundesrat eine Petition zu richten, dahin gehend, daß der Bundesrat die Verschmelzung der drei Knappschaffstufen (Bodum, Eisen, Mählein) nicht genehmige, vielmehr die Knappschaffstufen unter Berücksichtigung der internen Verhältnisse und besonders der Ansprüche der älteren Bergleute an die Knappschaffstufen in die Alters- und Invaliden-Versorgungsinstitute übergehen zu lassen.“

— **Werth der Arbeit.** Unter diesem Titel schreiben deutsche Blätter: „Die technische Zeitschrift „Prometheus“ erzählt von der Preissteigerung, welche die wohlthätigen Metalle durch die Verarbeitung erfahren, so wie von den Preisen der seltenen Metalle. Bezeichnet man den Preis der Gewichtseinheit des Eisenerzes mit 1, so ergeben sich für verarbeitetes Eisen u. a. folgende Sätze: Draht 40—42, Stahlfabrik 82, Messerlingen 5—10,000 und feinste Ulfedern 20—90 Millionen. Kohle danach z. B. ein Kilogramm Eisenerz einen halben Pfennig, so ist ein Kilogramm Stahl im Gehalt von Ulfedern bis zu 450,000 Mark werth, während ein Kilogramm Gold höchstens 4000 Mark kostet. Weil kostbarer als Gold sind gleichfalls die sog. seltenen Metalle, welche nie in größeren Mengen, sondern meist nur geringe Mengen dargestellt werden. So koste ein Kilogramm Barium je nach dem Reinheitsgrade auf 8000 bis 30,000 M. zu stehen, Cerium auf 27,000—43,000 M., Gallium auf 400,000—750,000 M., Germanium auf 140,000—175,000 M., während die entsprechenden Zahlen für Silber, Gold und Platin 200—250, 2500—4000 und 4000—5000 M. lauten. Iridium, welches in der Ultraminiere und als Spüß für Schweißbrenner Anwendung findet, kostet 5000—8000 M. Eine ähnliche Preissteigerung durch die Verarbeitung wie bei den Eisen kommt auch z. B. bei seltenen Spüßen vor. Dieselben sind bisweilen 300 Millionen Mal mehr werth, als der Flachs oder die Seide, die zu ihrer Herstellung dienen.“

Wie viel aber von dem enormen Werth, den die Arbeit den Naturprodukten zusetzt, Denjenigen, welche diese Arbeit verrichten, davon schmeckt des Prometheus Herrlichkeit!

X. Bismarck erzählt bekanntlich, der alte Wilhelm habe die Arbeitergesetzgebung gewollt, und die sog. kaiserliche Vollstätt sei des Kaisers eigenes Werk, gewissermaßen das Vermächtniß des sozialen Königthums. Jetzt in seinem Grinn glaubt er aus, daß er, Bismarck, der Urheber dieses ganzen Schwindels war, und den alten Wilhelm nur mit Mühe dafür gewinnen konnte. Für uns ist das nichts Neues. Daß Bismarck den alten Wilhelm nur vorgeschoben hat und daß er selber ein ganz ordinärer Demagog war — das haben wir schon von Anfang an gewußt und auch gesagt.

— **Ein fatales Wort** gelangt zu haben — dieses Pech ist bei der Beratung über die Militärverträge bekanntlich in der Reichstagskommission Herrn Vogel von Falckenheim's postirt. Benannter Eisenfreier Bömer Angebotsman meinte, die Militärzeit sei für die große Masse der Soldaten die reine Ferienkolonie. Kerngesund, bis zum Blagen gefüttert, lehrten sie nach Ablauf derselben in den „Jubiläum“.

Das Wort hat bei den Liberalen großes Hölloch erregt, und sie geben sich alle erdenkliche Mühe, nachzuweisen, daß es mit der Ernährung der Soldaten in den Kasernen durchaus nicht so glänzend steht. Das ist

freier richtig. Absolut genommen, i. h. an dem Maßstab gemessen, nach dem ein Mensch mit ledigen Einkommen seine Lebensweise einrichtet oder einrichten sollte, läßt das Kasernenleben sicher enorm viel zu wünschen übrig. Aber relativ, unter Berücksichtigung der Art und Weise, wie heute die große Masse des Volkes lebt und leben muß, hat der Kasernsoldat des Herrn Vogel von Falckenheim sehr viel Wahres, und weit entfernt, ihm denselben übel zu nehmen, quillern wir ihn vielmehr mit Dank als ein werthvolles Geständnis.

So mangelhaft die Ernährung in der Kaserne heute ist — weite Kreise des Volkes leben noch unendlich jämmerlicher, müssen sich mit einer Kost begnügen, die sich mit jener nicht außerordentlich messen kann. Aber es ist nicht die Kost allein, es ist die ganze Lebensweise, die in Betracht zu ziehen ist. Abgesehen von den albernem, oft bis zur Grausamkeit gehenden Uebertreibungen des Drill, sowie der brutalen „Disziplin“, ist das Leben in der Kaserne in der That hundertmal zuträglicher für den Körper, als das Leben des Industriearbeiters und des Arbeiters auf den Gütern und in den Betrieben der großen Latitudinäre. Dort eine verkehrte, aber doch menschliche Thätigkeit, hier die einseitige, die Körperentwicklung schädigende Thätigkeit einer Arbeitsmaschine, bis in's Reglose ausgebeutet unter dem Antriebe der Hungerpein. Soweit die rein materielle Seite der Frage in Betracht kommt, würden hunderttausende von Menschen mit Vergnügen dem Leben in der Kaserne, in der Hausindustrie das Leben in der Kaserne vorziehen.

Der Ausspruch des Herrn Vogel von Falckenheim beweist nichts für Militarismus; derselbe wäre ein sehr wenig weniger verwerflich, auch wenn jener absolut richtig, das Leben in der Kaserne wirklich ein wahres „Wüthetreiben“ wäre. Aber er ist eine Verurtheilung der heutigen Zustände, der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse, wie wir sie aus solchem Munde nicht besser wünschen können. Fern sei es von uns, ihre Wacht irgendwie beeinträchtigen zu wollen.

— **Ueberaus bezeichnend** ist die Art, wie in der neuesten Nummer der anarchistischen „Revolve“ die Sprengung der Proletenvereinigungen gegen die Massenverhaftungen und der Ueberfall der Redaktion der „Egalité“ vertheidigt wird. Es geschieht dies in Form einer Antwort auf einen Artikel des genannten Blatt's.

Greifen wir den wesentlichen Punkt heraus.

„Warum“, hieß es in dem Artikel der „Egalité“, „vergessen Arbeiter, die sich Anarchisten nennen, so oft, wenn die geringe und unbedeutende Bourgeoisie von den Vertheidigern der Arbeiter angegriffen werden, sich denen anschließen, welche diejenigen geföhrt, die die Arbeiter als Sklaven behandeln, und dagegen über diejenigen herzufallen, die für die Arbeiter eintreten.“

Und die „Revolve“ antwortet: „Die Antwort ist leicht. Die Anarchisten, die selbst Arbeiter sind — vergessen Sie es nicht, Herren von der „Egalité“ — müssen sich nicht althergebrachte an, die Arbeiter zu vertheidigen, denn sie sind überzeugt, daß die Arbeiter sich selbst vertheidigen können und vornehmlich sollen. Nicht zufrieden, es zu erklären, beweisen sie, die anarchistischen Arbeiter, es auch durch Thaten, wenn man sich erlaubt, sie als Spigel zu bezeichnen.“

„Könnst, wo sie selbst in Betracht kommen, wenden sich die anarchistischen Arbeiter nicht an die Vertheidiger, noch an die Gesetze, die sie verurtheilen, um sich zu vertheidigen, wie die „Egalité“ weh; sie vertheidigen sich besonders gegen die, die sich Vertheidiger nennen (wie der „Egalité“ nicht unbekannt sein dürfte).“

„Was das anbelangt, mit den Sozialisten diejenigen zu brandmarken, die die Arbeiter als Sklaven behandeln, so gehen wir, doch wir für ein Brandmarkungsvotum nur die tiefste Verachtung haben. Wir überlassen diese Albernheit den Autoritäten.“

„Diejenigen, die die Arbeiter als Sklaven behandeln, wollen wir, und es wird eine langige Arbeit sein, einfach unterdrücken, von den sozialistischen Führern angefangen, um abdann zu den Bourgeoisieführern überzugehen, da die Ersteren nicht weniger Bourgeois, aber weit gefährlicher sind, weil man ihnen weniger misstraut.“

Kommentar im Grunde überflüssig. Mit dieser Logik läßt sich jede Gewaltthat im Interesse der herrschenden Unterdrückten rechtfertigen. Der Jar hält das russische Volk in eisernen Fesseln. Die Revolutionäre bekämpfen den russischen Despotismus, sie verlangen für das russische Volk eine Verfassung, politische Rechte. „Was? Ihr wagt es, das russische Volk zu vertheidigen zu wollen? Das russische Volk kann sich selbst vertheidigen. Nieber mit Euch, Ihr seid noch gefährlichere Despoten, als der Jar“ — ruft irgend ein Individuum aus, das sich Anarchist nennt. „Erf müssen die Autoritäten vernichtet werden — und autoritär ist Jeder, der nicht so denkt wie ich — und dann erst ist es Zeit, den Jar zu bekämpfen.“

In dem ganzen Artikel ist keine Silbe über den Zweck der sprengten Veremung, keine Silbe über den Wortlaut der in derselben vorgeschlagenen Resolution. Allerdings — die Anarchisten haben für Brandmarkungsresolutionen nur die „tiefste Verachtung“. Ein schöner, männlicher Standpunkt, wenn an Stelle des bloßen Wortes wirklich die befreiende That tritt. Aber bisher haben wir noch nicht vernommen, daß die Leute, die so müthig die Redaktion der „Egalité“ geföhrt, auch nur den kleinsten Finger im Interesse der verhafteten Massen gerührt. Damit kritisiert sich Ihr sportlicher Hah gegen bloße Worte von selbst. Als die ganze Bourgeoisie ständig, waren die Protest-erklärungen der Sozialisten buchstäblich eine Thät.

— **Zur Russen-Affäre in Paris** wird uns geschrieben:

In der russischen Kolonie wird schon unmittelbar nach den stattgehabten Verhaftungen von vielen Seiten behauptet, daß ein Agent-provokateur Anführer der Verhände, Sprengstoffe herzustellen, gewesen. Da jedoch nur Vermuthungen vorliegen, und die Mehrzahl der Leute nicht in so intimer Verbindung mit denselben Verhafteten standen, bei denen die Polizei kompromittierende Chemikalien und Metallkapseln beschlagnahmt, daß man der Sache gewiß war, so ward den Vermuthungen kein Ausdruck gegeben. Man zog es vor, zu warten, bis Thatsachen vorliegen, welche die Verdachtsgründe bekräftigen.

Man haben vergangene Woche die in's Spiel kommenden Verhafteten gemeinsam vor dem Untersuchungsrichter erklärt, das Opfer eines Agent-provokateurs gewesen zu sein.

Der des Lauffpielthums beidigtige Mann heißt Vandessin und gab sich für einen Liberalen aus, der zwar die sozialistischen Ansichten nicht theile, aber mit den Revolutionären soweit sympathisire, um ihnen Mittel zur Verfügung zu stellen und ihnen auch sonst hülfreiche Hand zu leisten. Es hieß, daß Vandessin sehr reich sei, er wohnte in einem hocharchitektonischen Stadthaus und war stets elegant gekleidet. Wie nun verlautet, soll er es gewesen sein, der das Geld für Anschaffung der nöthigen Chemikalien, Metalltheile u. s. geliefert hat. Er verfolgte, heißt es, die Studien und Arbeiten mehrerer Personen, die auf seinen Plan eingegangen, mit großem Interesse, kam fast täglich, um sich durch den Augenchein vom Fortgang der Arbeiten zu überzeugen. Seine Besuche sollen der Concierge des Hauses, wo experimentirt ward, aufgefallen sein, und diebeide ihr Erkennen angedrückt haben, daß alle Bekannten ihrer russischen Wäther, nur der „elegante Herr“ nicht verhaftet seien. Wie es heißt, habe es den mit Verhänden beidigtigen Leuten solche Tage vor ihrer Verhaftung bereits gelideten, daß sie überwandt würden. Sie hätten in der Folge die Verhände aufgeben und alle kompromittirenden Materialien vernichten wollen. Vandessin habe ihren Argwohn jedoch gestirnt und ihre Absicht für eine Freiheit erklärt. Man erzählt auch, daß Vandessin am Vorabend der Verhaftung darauf gebrungen habe, daß die verhafteten Substanzen gemischt und dadurch die Explosivsubstanz hergestellt werde, daß jedoch die aufgeföhrteten Personen dies als ein wahres großes Verbrechen angesehen abgelehnt hätten.

Als durchaus belastendes Moment muß es erscheinen, daß die bis in die geringsten Details so vorzüglich unterrichtete Polizei, welche alle

\*) Da mit diesen Nebenarten der Ueberfall in der Redaktion der „Egalité“ beidigtigt werden soll, so mag hier auch die Antwort auf die Frage eingeschaltet werden, warum die Anarchisten in der Zahl von vierzig gegen Einen an einem Menschen loszugehen, von dem sie wissen, daß er ein wirklicher Revolutionär ist. Sie ist wirklich kläglich: „Wenn es sich um einen Akt der Justifizirung handelt, so kümmern sich die Anarchisten nicht darum, ob Vierzig gegen Einen oder Einer gegen Vierzig.“

